



### **Bürgerfreundliche Verwaltungsidee wird nicht umgesetzt!**

#### **Lösung der Verkehrsprobleme an der Müllumschlagsanlage Nenndorf nicht vor 2019**

Obwohl die prekäre Verkehrssituation an der Müllumschlagsanlage beinahe täglich zu beobachten ist, wurde die Entscheidung für eine Lösung der Probleme einmal mehr vertagt. Lediglich die Gruppe CDU/WG und der FDP-Abgeordnete Reglitzky waren in der Sitzung des Umweltausschusses bereit, einer Flächenerweiterung zuzustimmen.

Insbesondere, wenn den Bürgerinnen und Bürgern mal wieder „Gartenwetter“ beschert ist, kommt es rund um die Müllumschlagsanlage in Nenndorf zum Verkehrschaos. An manchen Tagen bilden sich lange Rückstaus, die auch den Verkehr auf der naheliegenden Autobahnanschlussstelle Dibbersen zum Erliegen bringen und für Gefahrensituationen sorgen.

Hier wollte der Landkreis Abhilfe schaffen und hat vorgeschlagen, die Anlage zu erweitern und einen gesonderten Bereich für die Anlieferung von Grünabfällen zur Verfügung zu stellen. Die Anlage in Nenndorf wäre dann ausreichend dimensioniert gewesen, um den bestehenden Bedarf zu decken. Gleichwohl es zunächst im zuständigen Umweltausschuss eine breite Mehrheit für die Erweiterung gab, wurde diese Zustimmung plötzlich nach weiteren Beratungsrunden im Kreistag und nun auch im Umweltausschuss zurückgezogen und der Landkreis erneut gebeten, „Alternativen zu prüfen“.

Dazu Ausschussmitglied Carolin Schütz-Reiss: „Es überrascht mich, warum eine zukunftsweisende und bürgerfreundliche Idee der Verwaltung ohne nachvollziehbare Gründe verworfen wird.“ Die Ausschussmitglieder von SPD, Grünen und AfD fanden die vorgestellte Erweiterung für unnötig und zu teuer. Die Grünen argumentierten u.a. damit, dass die ab 2019 zur Verfügung stehende Biotonne die Anlieferung von Grünabfällen für viele Gartenbesitzer überflüssig macht, eine Einschätzung, der viele Fachleute und auch Erfahrungen in entsprechenden anderen Regionen eindeutig widersprechen!

Bedingt durch den erneut erteilten Prüfauftrag und die nun abzuwartende Einführung der Biotonne wird mit einer Problemlösung nicht vor 2019 zu rechnen sein. Es bleibt zu hoffen, dass sich im weiteren Beratungsgang im Kreisausschuss und Kreistag noch eine andere Mehrheitsmeinung durchsetzen lässt. Die CDU/WG-Gruppe wird sich intensiv dafür einsetzen.